



Dr. Matthias Miersch
Mitglied des Deutschen Bundestages
Umweltpolitischer Sprecher
der SPD-Bundestagsfraktion

Dr. Matthias Miersch, MdB · Odeonstr. 15/16 30159 Hannover

Deutscher Bundestag

Paul-Löbe-Haus
11011 Berlin
Ansprechpartner: Fabian Böer, Birgit Heine,
Silke Klaproth-Förster, Simon Oerding
Tel: (030) 227 – 71111
Fax: (030) 227 – 76099
Email: matthias.miersch@bundestag.de

Wahlkreis

Kurt-Schumacher-Haus
Odeonstr. 15/16
30159 Hannover
Ansprechpartnerinnen:
Heidrun Hellemann, Frauke Meyer-Grosu
Tel: (05 11) 16 74 303 (09:00 - 14:00 Uhr)
Fax: (05 11) 92 03 190
Email: matthias.miersch@wk.bundestag.de

www.matthias-miersch.de

Hannover, den 15. Februar 2010

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

es ist Zeit, die Dinge in und um Berlin wieder in einer persönlichen Erklärung zu kommentieren und gleichzeitig auf wichtige anstehende Abstimmungen hinzuweisen:

1. „Chaos Bundesregierung“

Die ersten 100 Tage der schwarz-gelben Bundesregierung sind vorbei. Der Höhepunkt des Karnevals kann Symbol für ein erstes Fazit über die Arbeit dieser Regierung sein. Ich möchte eine gute Darstellung unserer Planungsgruppe übersenden, die all die Einzelaspekte aufzeigt, an denen die Regierung bisher gescheitert ist. Sicher ist diese Übersicht auch für die Arbeit vor Ort hilfreich. Gleichzeitig möchte ich betonen, dass die schlechte Arbeit der Regierung nur eine Seite der Auseinandersetzung sein darf. Genauso wichtig ist nun das Aufzeigen von Alternativen. Am Ende der Darstellung finden sich deshalb erste zentrale Forderungen der SPD-Bundestagsfraktion. Hinweisen möchte ich auch auf unseren in der vergangenen Woche eingebrachten Antrag zur Bildung eines Rettungsschirmes für die Kommunen. Die ebenfalls als Anlage angefügte Übersicht zeigt die katastrophale finanzielle Lage der Kommunen, die auch in unserem Wahlkreis spürbar ist.

2. Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu den Regelsätzen des Arbeitslosengeldes II („Hartz IV“) hat zahlreiche Diskussionen ausgelöst. Wer die Entscheidung liest, wird vor allem feststellen, dass das Gericht die Berechnungsmethode als verfassungswidrig eingestuft hat. Das Gericht hat zur Angemessenheit der Höhe keine Entscheidung getroffen, so dass in Berlin bereits sogar Politiker von CDU und FDP eine Kürzung verlangen. Die SPD hat schon im vergangenen Jahr unter der Leitung von Wolfgang Jüttner eine Kommission ins Leben gerufen, in der vor allem gute Vorschläge hinsichtlich der Leistungen für Kinder erarbeitet wurden. Wir müssen diese Vorschläge jetzt wieder einbringen. Das



Dr. Matthias Miersch
Mitglied des Deutschen Bundestages

Verfassungsgericht befasst sich ausdrücklich mit den Bedürfnissen von Kindern. Ich bin mir sicher, dass es hier zu Erhöhungen und nicht zu Kürzungen kommen muss. Deshalb brauchen wir in diesem Zusammenhang auch eine neue Diskussion über Sachleistungen für Kinder, die die Gemeinschaft garantiert (z.B. Mittagessen an Schulen, Lehrmittelfreiheit) und über darüber hinausgehende Geldzahlungen an die Betroffenen. Ich spreche mich eindeutig dafür aus, mit den Sozialverbänden eng zu kooperieren. Klar sein muss auch, dass nicht die Kommunen die Verantwortung übernehmen können, sondern diese Frage eine gesamtstaatliche sein muss. Wichtig ist in diesem Kontext, erneut die Diskussion über einen gesetzlichen Mindestlohn zu führen. Wenn Regelsätze erhöht werden, muss die Frage eines angemessenen Lohns genauso gestellt werden.

3. Afghanistan

Am vergangenen Mittwoch haben wir in der Region Hannover eine sehr offene und gute Diskussion über die Frage des deutschen Engagements in Afghanistan geführt. Aus organisatorischen Gründen wurden die Einladungen leider sehr kurzfristig verschickt. Als Vorstand der SPD-Region wollen wir künftig diese Angebote verstärken, um den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu geben, mit den Abgeordneten entsprechende Themen vor Abstimmungen zu diskutieren. Der Bundestag wird wahrscheinlich noch in der letzten Februarwoche über die Verlängerung des Mandats entscheiden. Die SPD hat die Diskussion um den Einsatz breit angelegt und in Berlin eine große Afghanistankonferenz durchgeführt. Außerdem hat Frank-Walter Steinmeier bereits im Bundestagswahlkampf ein Positionspapier vorgelegt, das u. a. klare Abzugsregeln fordert und eine Änderung der Strategie nahelegt. Ich habe in den letzten Jahren im Rahmen der Abstimmungen unterschiedlich votiert, indem ich den Schwerpunkt des jeweiligen Mandats hinterfragt habe. So habe ich z. B. dem Tornadoeinsatz nicht zugestimmt. Mir gehen aktuell viele Fragen durch den Kopf, so dass ich für Denkanstöße dankbar bin. Dabei gehe ich hypothetisch immer davon aus, dass meine Stimme die entscheidende wäre, weil ich mich nicht hinter anderen Abgeordneten verstecken möchte. Was würde der sofortige Abzug bedeuten? Geht von Afghanistan noch eine Bedrohung aus, die den Militäreinsatz rechtfertigt? Müssten die Vereinten Nationen nicht in vielen Ländern intervenieren, wenn es um die Durchsetzung von Menschenrechten geht? Wie sieht es mit den Ländern Pakistan, Indien und Iran aus? Reicht der Strategiewechsel aus, nun vor allem die Ausbildung einheimischer Sicherheitskräfte zu verstärken und dafür kurzzeitig sogar die Truppenstärke zu erhöhen? Ist ein Abzugsdatum überhaupt realistisch? Das sind nur einige Fragen, die mich sehr bewegen. Für Meinungen aus meinem Wahlkreis wäre ich sehr dankbar.



Dr. Matthias Miersch
Mitglied des Deutschen Bundestages

4. Atomdebatte

Am 24. April wird in Norddeutschland eine 120 Kilometer lange Menschenkette zwischen den Atomkraftwerken Brunsbüttel und Krümmel stattfinden. Da ich als umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion direkt in die Planungen einbezogen bin, würde ich mich über Unterstützung aus dem Wahlkreis sehr freuen. Auch die SPD Niedersachsen wird beteiligt sein. Vielleicht gibt es gute Ideen der direkten oder indirekten Beteiligung (Aktionen vor Ort), die wir dann kommunizieren und in die Wege leiten können. Die Diskussion um die Laufzeitverlängerung wird in den nächsten Wochen zunehmen. Die Mehrheit der Deutschen lehnt eine Verlängerung der Laufzeiten ab. Gerade in Niedersachsen können wir die Unverantwortlichkeit der Atomtechnologie erkennen. Nach ersten Schätzungen kostet die Asse-Sanierung 4 Mrd. Euro – das ist fast das Dreifache des gesamten Haushalts des Bundesumweltministeriums. Während sich der Umweltminister das grüne Mäntelchen in der Atomdebatte umhängen möchte, gefährdet er in unverantwortlicher Weise die Solarbranche. Auch auf diesen Umstand werden wir in den kommenden Wochen hinweisen.

Liebe Bürgerinnen und Bürger, die letzten Wochen haben gezeigt, dass große Unterschiede in den politischen Grundüberzeugungen liegen. Es lohnt sich, aktiv zu werden. Ich freue mich wieder auf Reaktionen, auf die kommenden Treffen und vor allem auf Ihre Meinung zum Afghanistaneinsatz.

Herzliche Grüße!